

### **Politische Bildung nach Halle und Hanau, nach Utøya, Christchurch, Charleston...**

Mir scheint, dass die in der Beschreibung des Podiums angeführten, disparaten gesellschaftlichen Herausforderungen - Corona, Ukraine, Halle und Hanau, Ostdeutschland/Westdeutschland usw. - dringend der empirischen Konkretisierung bedürfen, um nicht in Allgemeinplätze zu verfallen. Große Konfliktlagen, Polarisierungstendenzen und Gewaltphänomene geschehen und äußern sich in der Regel lokal und regional. Wenn es um politische, pädagogische und präventive oder bildnerische Antworten, Reaktionen und Strategien geht, ist die empirische Analyse von konkreten Problemlagen als Grundlage unabdingbar. Versuchsweise möchte ich dies in die Diskussion beispielhaft an der Frage „Wie hat sich politische Bildung seit Halle und Hanau verändert oder wie muss sich politische Bildung seit Halle und Hanau verändern?“ einbringen. Denn auch diese Frage lässt sich so „global“ nicht oder nur zu allgemein beantworten und bedarf der Konkretisierung und Differenzierung.

„Halle“ und „Hanau“ sind wie all die anderen Tatorte des (Rechts-)Terrorismus zur Chiffre und zum Kristallisationspunkt für bis aufs Äußerste zugespitzte gesellschaftliche Krisenerscheinungen geworden. Diese Taten haben unendlich viele Facetten: Antisemitismus und Rassismus, Frauenhasse, Unbewusstes und Projektivität, sich gemeinsam oder einsam radikalierende junge Männer, oft mit globaler Reichweite und globalen Ambitionen. Tatorte, Verletzte, Traumatisierte und Ermordete und ihre Angehörigen, tief getroffene Städte, Gemeinden und Communities. Trauer, Erinnerung, Bewältigung, Aufarbeitung, Resilienz. Und schließlich: wie und was die Gesellschaft aus diesen Taten lernt, wie sie möglichst viele weitere verhindert und - und das ist die bitterste Frage - wie sie sich besser auf die in Zukunft noch kommenden Taten vorbereiten kann.

Politische Bildung kann ein Element davon sein, aber allzu oft lautet die Forderung mit Blick auf Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien, abdriftender Regionen oder eben rechtstremistischer Radikalisierung und Gewalt allzu global: mehr politische Bildung! Blickt man aber empirisch auf die oben dargestellte Gemengelage, dann wird deutlich, dass es neben Bildung auch um Strukturen und Institutionen geht, um das dauerhafte Vorhalten von Beratungsangeboten, um Professionalisierung in Behörden und pädagogischen Kontexten, um Früherkennung, Diagnostik und Intervention, um Schnittstellen unterschiedlicher Akteure und ganz allgemein darum, gesellschaftliche Konflikte in eine Verlaufsform zu bringen. Wie kann beispielsweise eine städtische Gedenk- und Erinnerungskultur aussehen, in der ganz unterschiedliche politische und gesellschaftliche Akteure mit unterschiedlichen Positionen und Interessen vertreten sind und die teils selbst wiederum konflikthaft verläuft? Gibt es eine Einheit in der Vielfalt, wie könnte diese aussehen, und was braucht es, um diese prozesshaft zu erreichen bzw. immer wieder weiterzuentwickeln und zu erneuern? Welche Rolle kann politische Bildung darin spielen, wie kann sie dazu beitragen?

Ich werde dazu einige Eindrücke aus dem am Deutschen Jugendinstitut Halle und dem Demokratiezentrum Hessen durchgeführten Projekt „Lessons learnt? Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau: Bewältigung und Aufarbeitung durch Zivilgesellschaft und Politik, Pädagogik und Beratung“ einbringen.